

Bericht

des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

zur Gemeinsamen Konferenz der Verkehrs- und Straßenbauabteilungsleiter der Länder (GKVS) am 17./18. September 2012 in Brandenburg an der Havel und zur Verkehrsministerkonferenz (VMK) am 4./5. Oktober 2012 in Cottbus

TOP 5.7/ Deutschlandtakt

TOP 5.1

Die Erfahrungen mit Taktfahrplänen im IC- und ICE-Verkehr sowie im Nahverkehr geben Anreiz zu einer Verbesserung der Umsteigeverhältnisse zwischen den Taktsystemen. Im Koalitionsvertrag wurde deshalb zugesagt, die Vorschläge zur Einführung eines „Deutschlandtaktes“ einer sorgfältigen Überprüfung unter Beteiligung der Länder zu unterziehen.

Es liegen derzeit umfangreiche Vorschläge der Bundesarbeitsgemeinschaft Schienenpersonennahverkehr (BAG SPNV) vor, die auf die bessere Ausschöpfung von Marktpotenzialen der Bahn im Personenverkehr durch einen deutschlandweiten integralen Taktfahrplan und eine entsprechende Infrastrukturplanung zielen. Ein Beschluss des Bundesrats vom 05.03.2010 unterstützt diese Vorschläge und bittet, auch die Auswirkungen auf den Güterverkehr einzubeziehen. Die Vorschläge der BAG SPNV sind hinsichtlich ihrer Marktwirkung, Umsetzungsmöglichkeiten und der damit verbundenen Kosten sorgfältig und ergebnisoffen zu prüfen.

Auf der Grundlage eines „Lastenhefts“ der BAG SPNV und eines Gliederungsvorschlages der DB AG wurde eine Aufgabenstellung für die Ermittlung der betrieblich-technischen Grundlagen – einschließlich der Auswirkungen auf den Güterverkehr und der mit einem Deutschlandtakt verbundenen rechtlichen Fragen – erstellt, insbesondere in Bezug auf den diskriminierungsfreien Netzzugang. Dem Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz sowie den vom AK Bahnpolitik für den projektbegleitenden Lenkungskreis benannten Vertretern der Länder wurde Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben.

Die eingegangenen Ergänzungs- und Änderungsvorschläge wurden – soweit möglich – in den Entwurf der Aufgabenstellung eingearbeitet und die Neufassung den Beteiligten am 28.06.2012 erneut übermittelt mit der Bitte um Mitteilung, ob diese mitgetragen wird oder weiterer Änderungsbedarf gesehen wird. Bis Mitte August lagen noch keine Rückäußerungen vor.

Es ist beabsichtigt, das Forschungsvorhaben im Laufe dieses Jahres auszuschreiben. Als Bearbeitungszeit wird mit ca. einem Jahr gerechnet, so dass die Ergebnisse u. a. in die Arbeiten zur Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplans einfließen könnten.